

Börsen-Zeitung vom 14.05.2019, Nr. 91, S. 10

## Windradbau kommt zum Erliegen

### Nur die Hälfte der von der Netzagentur ausgeschriebenen Menge wird von den Betreibern nachgefragt

Flaute im Windkraftausbau: Nur die Hälfte der von der Netzagentur ausgeschriebenen Menge wird von Betreibern nachgefragt. Eine Ursache für die Zurückhaltung ist das fehlerhafte Auktionsdesign im Jahr 2017. Damals gingen 90 % aller Förderzusagen an Bürger-Windprojekte, die noch nicht genehmigt waren.

Börsen-Zeitung, 14.5.2019

cru Düsseldorf - Obwohl **erneuerbareEnergien** bis 2038 die Kohleverstromung vollständig ersetzen sollen, ist der Windkraftausbau in Deutschland in jüngster Zeit nahezu zum Erliegen gekommen - und wird wieder teurer für den Steuerzahler, weil die Einspeisevergütungen wieder ansteigen. Das geht aus den Ergebnissen der Ausschreibungen für **Windenergie** an Land zum Gebotstermin 1. Mai 2019 hervor, die die Bundesnetzagentur am Montag veröffentlicht hat.

Der Bau von Windrädern lohnt sich offenbar nicht mehr ausreichend, und es fehlen die Genehmigungen. Das Wettbewerbsniveau für die zweite Ausschreibungsrunde 2019 erreiche mit einer Unterzeichnung von 55 % "eine neue besorgniserregende Dimension", schlägt die Behörde Alarm. Die Ausschreibungen finden keine Abnehmer.

Zuletzt ist der Ausbau der **Windenergie** an Land fast zum Erliegen gekommen. In den ersten drei Monaten des Jahres gingen lediglich 41 Windräder mit einer Leistung von 134 Megawatt ans Netz, wie die Fachagentur **Windenergie** an Land mitteilte. Das waren fast 90 % weniger als im gleichen Quartal des Vorjahres und so wenig wie zuletzt 1998, als der Ausbau der **Windenergie** begann. In 9 von 16 Bundesländern wurden gar keine neuen Windräder errichtet. Das ist der vorläufige Tiefpunkt einer Entwicklung, die bereits seit einem Jahr andauert.

Nadelöhr: Genehmigungen

Die "schwierige Lage bei den Genehmigungen zur Errichtung von Windrädern durch die zuständigen Landesbehörden" präge weiter maßgeblich das Ausschreibungsverfahren, erklärte die Bundesnetzagentur. Der durchschnittliche Zuschlagswert liege mit 6,13 Cent je Kilowattstunde leicht über dem Ergebnis der Vorrunde mit 6,11 Cent. Die Bandbreite der erfolgreichen Gebote liege zwischen 5,4 und 6,2 Cent - nach einer Spanne zwischen 5,2 und 6,2 Cent in der Vorrunde.

Durch das Auktionsverfahren der Bundesnetzagentur, in dem die Behörde demjenigen Windparkbetreiber den Zuschlag erteilt, der die geringsten Subventionen fordert, waren die Einspeisevergütungen bisher rasant gesunken - auf 4 Cent im November 2017. Jetzt geht es offenbar wieder aufwärts, weil sich die Projekte sonst nicht lohnen. Einerseits hat die Produktion von Windstrom einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Auf der anderen Seite werden an Land so wenig neue Windräder errichtet wie seit vielen Jahren nicht mehr. In diesem Jahr (Stand 7. Mai) wurde bislang nach Angaben des Fraunhofer-Instituts für Solare **Energiesysteme** ISE annähernd die Hälfte des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Quellen hergestellt, genau 47 %.

Bei einer von der Bundesnetzagentur ausgeschriebenen Menge von 650 Megawatt wurden aktuell 41 Gebote mit einem

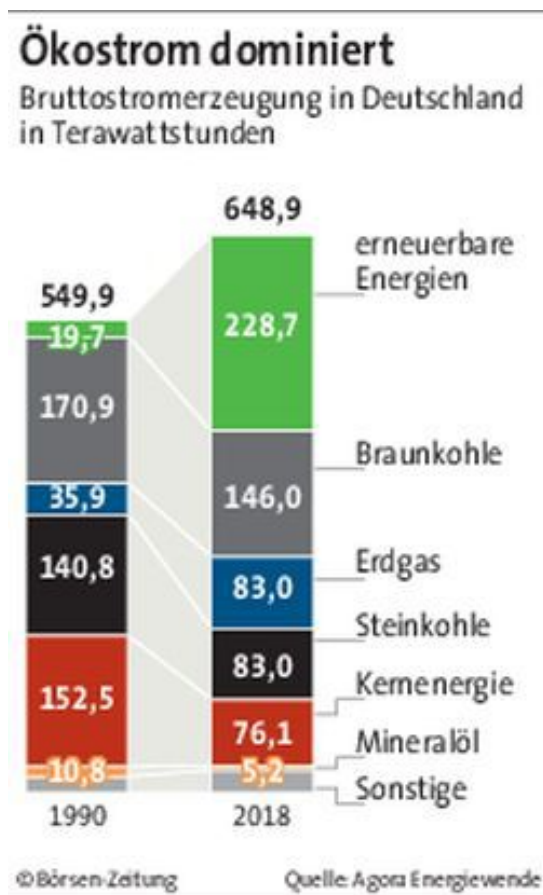
Volumen von nur 295 Megawatt eingereicht. Alle 35 zugelassenen Gebote mit einem Volumen von 270 Megawatt erhielten einen Zuschlag. Nur zwei Zuschläge gingen an **Bürgerenergiegesellschaften**. Sich als **Bürgerenergiegesellschaft** zu bewerben, hatte bis vor kurzem erhebliche Vorteile: Bürger durften ohne Baugenehmigung an den Auktionen teilnehmen und mussten eine deutlich kleinere finanzielle Sicherheit hinterlegen.

Fehler im Auktionsdesign

Bei Zuschlag erhielten sie mehr Geld und mehr Zeit für die Umsetzung der Windparks als die Profikonzurrenz. Sie konnten so stärker vom technischen Fortschritt bei den Turbinen profitieren, weil die Umsetzung der Projekte noch bis 2022 dauert. Der Nachteil: Der Bau der Windparks wird viel mehr Zeit in Anspruch nehmen und den politisch erwünschten Ausbau der Windkraft bremsen.

Regional betrachtet, verteilen sich die aktuellen Zuschläge mehrheitlich auf Gebote in Nordrhein-Westfalen (10), Niedersachsen (7), sowie Brandenburg und Thüringen (jeweils 5). Süddeutschland war lediglich mit einem erfolgreichen Gebot in Bayern vertreten. Sechs Gebote mussten aufgrund fehlender Teilnahmeberechtigungen ausgeschlossen werden.

*cru Düsseldorf*



**Quelle:** Börsen-Zeitung vom 14.05.2019, Nr. 91, S. 10


**ISSN:** 0343-7728

**Dokumentnummer:** 2019091053

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/BOEZ\\_4083b090709e7a838c0480be5487619f7073997d](https://www.wiso-net.de/document/BOEZ_4083b090709e7a838c0480be5487619f7073997d)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Börsen-Zeitung

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH